

PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer zum Präventionsgesetz, das am Freitag, den 18. Februar 2005 im Bundestag (1. Lesung) beraten wird:

Mehr möglich - Präventionsgesetz ist bürokratisch und medizinlastig

Berlin, 17. Februar: Das Präventionsgesetz ist nicht der große Wurf. „Es wäre weit mehr möglich gewesen“, urteilt Detlev Kommer, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer. „Das Präventionsgesetz nutzt nicht die Chancen, die eine vorbeugende Gesundheitspolitik heute hätte.“ Statt mehr Qualität, schaffe das Gesetz mehr Gremien. Statt Menschen zu befähigen, ihr Verhalten zu ändern, fördere es wirkungslose Wissensvermittlung. „Den meisten Menschen ist bewusst, dass sie ihre Gesundheit schädigen, wenn sie rauchen, zuviel Alkohol trinken, sich falsch ernähren oder zu wenig bewegen. Doch sie haben vielfältige Gründe für ihr Verhalten. Primäre Prävention muss an diesen Gründen ansetzen“, fordert Diplom-Psychologe Detlev Kommer.

Der Präventionsgedanke ist so einfach wie einleuchtend: Viele Erkrankungen lassen sich vermeiden, wenn die Menschen sich gesünder ernähren und mehr bewegen. Ein bisher unterschätztes Potenzial, Krankheiten vorzubeugen, sind Projekte für Kinder und Jugendliche. Schon Kinder bewegen sich in einem Teufelskreis von familiärer Sprachlosigkeit, steigendem Medienkonsum, falscher Ernährung und Bewegungsmangel, dem sie auch später als Erwachsene kaum mehr entinnen. Ursache vieler dieser Symptome sind gestörte psychosoziale Netze, die es Kindern und Eltern schwer machen, ihr krankmachendes Verhalten ohne professionelle Hilfe zu ändern. Entscheidend für erfolgreiche Interventionen ist allerdings, dass psychologische Konzepte zum Einsatz kommen, die die Patienten befähigen, ihr Verhalten im Lebensalltag zu korrigieren und sie nicht allein über gesundes Verhalten belehren.

Die EU-Gesundheitsminister erklärten im Januar 2005 „psychische Gesundheit“ zu einem vorrangigen Präventionsziel. „Die Bundesregierung hat es in dem bisherigen Gesetzentwurf nicht einmal geschafft, eine gesundheitspolitische Prioritätenliste aufzustellen“, staunt Psychotherapeutenpräsident Detlev Kommer, auch angesichts der Tatsache, dass beispielsweise in Deutschland jedes fünfte Kind psychisch gestört ist. „Vor allem aber übersieht der Gesetzentwurf das Potenzial, das in einer modernen Prävention für Kinder und Jugendliche steckt.“ Der Gesetzestext spreche häufig von „ärztlichem Sachverstand“, der jedoch beispielsweise Fettleibigkeit bei Kindern (Adipositas) meist erst diagnostiziere, wenn die Krankheit schon fortgeschritten sei. Als Orte primärer Prävention seien Kindergärten und Schulen weit sinn-

voller als Arztpraxen. „Gerade dieser vorbeugende Gesundheitsschutz in so genannten „Lebenswelten“ drohe jetzt den Finanznöten der Länder zum Opfer zu fallen. „Die Länder könnten zukünftig bisher eingesetzte Jugendhilfegelder einsparen und die Projektträger an die geplanten neuen Gesundheitsgremien verweisen“, warnt Präsident Detlev Kommer, „so entstehen aber allenfalls weitere haushaltstechnische Rangiermanöver, ohne dass den Kindern und Jugendlichen verstärkt geholfen würde.“ Statt zusätzliche Gremien zu schaffen, die Präventionsgelder aufwändig verteilen, sei wissenschaftliche Evaluationsforschung viel wichtiger.

„Die Medizin- und Bürokratielastigkeit des Gesetzentwurfs sollte korrigiert werden“, fasst Detlev Kommer die Sicht der Psychotherapeuten zusammen. Die Bundesstiftung sollte außerdem auf die Kompetenzen seiner Profession nicht verzichten. Im Kuratorium der geplanten Bundesstiftung ist die Bundespsychotherapeutenkammer bisher nicht vertreten.

Berlin, 17. Februar 2005

Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK)

Klosterstr. 64
10179 Berlin

Telefon: 030 278785-0
FAX: 030 278785-44
eMail: Info@BPTK.de